

II-4606 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES
Zl. 30.037/64-V/4/88

1010 Wien, den 23. Juni 1988
Stubenring 1
Telefon (0222) 75 00
Telex 111145 oder 111780
P.S.K. Kto.Nr. 5070.004
Auskunft Stimmer

2051 IAB

1988 -06- 24

zu 20501J

Klappe 6283 Durchwahl

B E A N T W O R T U N G
=====

der Anfrage der Abgeordneten Motter und Dr. Dillersberger betreffend Gewalt in Familien, Nr. 2050/J.

Zu der Anfrage:

"Ist Ihnen die große Anzahl von Gewalttaten in den Familien bekannt?"

nehme ich wie folgt Stellung:

Die in der Anfrage zitierten Fälle sind mir via Zeitungslektüre bekannt. Ich möchte betonen, daß die Ableitung einer generellen Aussage über die Häufigkeit von Gewalttaten in Familien in Österreich aufgrund von spektakulären Zeitungsberichten empirisch nicht haltbar ist.

Zu der Anfrage:

"Welche Möglichkeiten sehen Sie für Ihr Ministerium, dazu beizutragen, damit diese große Anzahl von Gewalttaten in den Familien zurückgedrängt wird?"

nehme ich wie folgt Stellung:

- Das Sozialservice des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bietet Informationen und Beratungen in Notlagen.
- Ferner wird eine Anzahl von Einrichtungen, die mißhandelten und von psychischer und physischer Gewalt be-

- 2 -

drohten Frauen und deren Kindern konkrete Hilfestellungen leisten, wie z.B. die Frauenhäuser, Notruf für vergewaltigte Frauen und andere Beratungs- und Betreuungsstellen für soziale und psychosoziale Probleme von meinem Ministerium durch Subventionen unterstützt. Werden in diesen genannten Einrichtungen neue Arbeitsplätze geschaffen, erfolgt eine Unterstützung im Rahmen der Arbeitsmarktförderung.

Langfristig sehe ich in der Reduzierung der noch immer bestehenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft eine Voraussetzung für die Beseitigung von Gewalt in der Familie. Alle in Österreich gesetzten Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann, und zwar vor allem jene im wirtschaftlichen Bereich, sind daher als eine Möglichkeit zu sehen, das Konfliktlösungspotential sowohl in der Gesellschaft als auch in der Familie zu vergrößern.

Der Bundesminister:

